

Hinweis: Alle Merkblätter in jeweils aktueller Form sind unter www.psvag.de abrufbar.

Besonderheiten der Insolvenzversicherung durch den PSVaG bei Durchführung eines Insolvenzplans

1. Rechtsstellung des PSVaG im Insolvenzverfahren

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers gehen die Ansprüche und Anwartschaften aus betrieblicher Altersversorgung auf den PSVaG über (§ 9 Abs. 2 BetrAVG). Der PSVaG ist aufgrund des gesetzlichen Forderungsübergangs im Regelfall Insolvenzgläubiger (§ 38 InsO). Im Insolvenzverfahren erhält der PSVaG nach Maßgabe der insolvenzrechtlichen Verteilungsregeln zum Ausgleich seiner Forderungen eine Quotenzahlung. Die Rechtsstellung des PSVaG kann im Insolvenzplan abweichend von den Vorschriften der Insolvenzordnung geregelt werden (§ 217 InsO).

2. Gruppenbildung

In einem Insolvenzplan, der die Fortführung eines Unternehmens oder eines Betriebes vorsieht, ist für den PSVaG eine besondere Gruppe zu bilden, sofern er hierauf nicht verzichtet (§ 9 Abs. 4 Satz 1 BetrAVG). Die Vorschrift konkretisiert die allgemeinen Grundsätze zur Gruppenbildung gemäß § 222 InsO.

3. Aufteilung der betrieblichen Altersversorgung zwischen Arbeitgeber und dem PSVaG

Als Planregelung kommt in Betracht, dass der Forderungsausgleich nicht durch eine Quotenzahlung an den PSVaG, sondern ganz oder teilweise durch Rückübertragung von Versorgungsverpflichtungen auf den Insolvenzschuldner erfolgt. § 7 Abs. 4 Sätze 2 und 3 BetrAVG enthalten hierzu spezielle Regelungen:

- Der Insolvenzplan kann vorsehen, dass der Arbeitgeber oder der sonstige Träger der Versorgung einen Teil der Leistung (anteilig oder gegenüber einem abgegrenzten Personenkreis) selbst zu erbringen hat. Insoweit vermindert sich die Leistungspflicht des PSVaG (§ 7 Abs. 4 Satz 2 BetrAVG).
- Der Insolvenzplan kann vorsehen, dass der Arbeitgeber oder sonstige Träger der Versorgung die Leistungen ab einem bestimmten Zeitraum wieder selbst zu erbringen hat. Die Leistungspflicht des PSVaG wird in diesem Fall befristet (§ 7 Abs. 4 Satz 3 BetrAVG).

Betriebliche Altersversorgung, die im Rahmen eines Insolvenzplans vom Arbeitgeber wieder zu übernehmen ist, steht erneut unter Insolvenzschutz des PSVaG. Aus Gründen der Gläubigergleichbehandlung wird der PSVaG daher unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls abwägen, ob eine Aufteilung der betrieblichen Altersversorgung nur unter Einräumung von werthaltigen Sicherheiten zugunsten des PSVaG erfolgen kann oder ob er eine Gegenleistung für die Inkaufnahme des Risikos verlangt, in einer Folgeinsolvenz erneut in Anspruch genommen zu werden.

4. Besserungsklausel zugunsten des PSVaG

Im Insolvenzplan soll vorgesehen werden, dass bei einer nachhaltigen Besserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeitgebers die vom PSVaG zu erbringenden Leistungen ganz oder zum Teil vom Ar-

* Merkblätter informieren in allgemeiner Form über die Insolvenzversicherung aufgrund des BetrAVG und geben die derzeitige Rechtsauffassung des PSVaG wieder. Sie stehen unter dem Vorbehalt, dass sich die Rechtslage - insbesondere durch die Rechtsprechung - nicht ändert. Merkblätter haben nicht den Charakter von Verwaltungsrichtlinien und -anordnungen.

beitgeber oder sonstigen Träger der Versorgung wieder übernommen werden (§ 7 Abs. 4 Satz 5 BetrAVG). Die Besserungsklausel gilt ergänzend zu und unabhängig von etwaigen Regelungen zur Aufteilung der betrieblichen Altersversorgung (vgl. Ziff. 3).

§ 7 Abs. 4 Satz 5 BetrAVG ist eine **Soll-Vorschrift**, welche den Verfahrensbeteiligten ein Tun für den Regelfall vorgibt. Enthält der Insolvenzplan keine Besserungsklausel für den PSVaG, ohne dass dies durch besondere Umstände gerechtfertigt ist, so muss das Insolvenzgericht den Plan gemäß § 231 Abs. 1 InsO von Amts wegen zurückweisen (BT-Drucksache 12/3803, S. 111). Wenn die Besserungsklausel ausnahmsweise durch eine andere, als Kompensation zugunsten des PSVaG dienende Maßnahme ersetzt werden soll, muss der Insolvenzplan eine für das Insolvenzgericht und den PSVaG nachvollziehbare Begründung enthalten.

Maßgebliches Kriterium für die Beurteilung, ob und in welchem Umfang in einem Insolvenzplan eine Besserungsklausel zugunsten des PSVaG aufgenommen werden muss, ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des sanierten Arbeitgebers. Zur Bestimmung der Versorgungsverpflichtungen, die vom sanierten Unternehmen wieder selbst erfüllt werden können, kann eine versicherungsmathematische Prognose über die Entwicklung der Pensionsrückstellungen und Rentenzahlungen hilfreich sein.

5. Hinweise zur Berücksichtigung der betrieblichen Altersversorgung im Insolvenzplan

Voraussetzung für Überlegungen, wie die Rechtsstellung des PSVaG in einem Insolvenzplan sachgerecht geändert werden kann, ist eine Analyse der Versorgungszusagen und ihrer Konsequenzen für den Insolvenzschuldner durch den Planersteller. Gegebenenfalls empfiehlt es sich, hierzu sachkundige Berater, wie z.B. den versicherungsmathematischen Gutachter, hinzuzuziehen. Bei der Konzeption des Insolvenzplans müssen die Besonderheiten der betrieblichen Altersversorgung, wie z.B. ihre personal- und sozialpolitische Bedeutung, ihre Laufzeit, eventuelle Absonderungsrechte zugunsten von Versorgungsberechtigten, nicht gesetzlich insolvenzgeschützte Ansprüche oder Deckungsmittel bei sonstigen Trägern der Versorgung (z.B. Unterstützungskassen), anhand der Umstände des konkreten Einzelfalls berücksichtigt werden.

Auch bei betrieblicher Altersversorgung, die über eine sogenannte kongruent rückgedeckte Unterstützungskasse durchgeführt wird, ist der PSVaG aufgrund von § 9 Abs. 2 BetrAVG Insolvenzgläubiger, und zwar ungeachtet seines Anspruchs auf eventuell vorhandene Deckungsmittel. Dies gilt auch für Zusagen über Pensionskassen und Pensionsfonds. Eine Fortführung dieser Zusagen durch den Insolvenzschuldner bedarf einer ausdrücklichen Planregelung.

Entsprechendes gilt, wenn ein vertraglicher Insolvenzschutz durch ein sogenanntes Contractual Trust Arrangement (CTA) vorliegt.

Der PSVaG sollte frühzeitig in die Überlegungen zu möglichen Planregelungen hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung sowie deren Formulierung im gestaltenden Teil des Insolvenzplans einbezogen werden.

6. Ansprüche des PSVaG bei eventueller Folgeinsolvenz

Sofern im Insolvenzplan nichts anderes vorgesehen ist, kann der PSVaG, wenn innerhalb von drei Jahren nach der Aufhebung des Insolvenzverfahrens ein Antrag auf Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers gestellt wird, in diesem Verfahren als Insolvenzgläubiger Erstattung der von ihm erbrachten Leistungen verlangen (§ 9 Abs. 4 Satz 2 BetrAVG).